

Wirtschaftsmaßnahmen in der Corona-Krise

Aufgrund der **Corona-Krise** stehen viele **sächsische Unternehmer** unerwartet und unverschuldet vor dem Scherbenhaufen ihrer **wirtschaftlichen Existenz**.

Eine **Rücklagenbildung** war für viele Unternehmen aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenlast **nicht möglich**. Steuerrekordeinnahmen sprudelten in den letzten Jahren in die Staatskasse.

Unternehmen und Bürger wurden zu keinem Zeitpunkt nennenswert entlastet. Es drohen nun

Insolvenzen, Geschäftsschließungen, der **Verlust von Arbeitsplätzen** und kurz und mittelfristig ein Mangel an angebotenen Waren und Dienstleistungen. Schwerwiegende Folgen für die gesamte Volkswirtschaft und somit auch für die Wirtschaft im Freistaat Sachsen sind deutlich absehbar.

Wir brauchen unverzüglich einen Schutzschild für alle an der Wirtschaft unmittelbar beteiligten Personen – für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Auszubildende und Selbstständige.



Daher verlangen wir von der Staatsregierung flankierend über die am 23. März 2020 von der Bundesregierung verkündeten Hilfsmaßnahmen hinaus:

1. Für die schnelle und lückenlose Antragsbearbeitung und Auszahlung der Hilfen:

- ✓ die unverzügliche Mobilisierung und Erhöhung des Personals in den sächsischen Finanzämtern und an sämtlichen Stellen im Freistaat Sachsen, die Finanzmittel zur Minderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise ausreichen, insbesondere auch für die zügige Bearbeitung der Anträge auf Kurzarbeitergeld.
- ✓ den unverzüglichen Aufbau eines automatisierten Verfahrens zur unbürokratischen Auszahlung sämtlicher beschlossener Finanzhilfen.

2. Zur Liquiditätsversorgung:

- ✓ eine Rückzahlung der Sondersteuervorauszahlungen.
- ✓ ergänzend zu den Zuschüssen des Bundes für Kleinunternehmen, Soloselbstständige und Freiberufler sowie darüber hinaus für kleine und mittlere Unternehmen bis 250 Beschäftigte ein eigenes Soforthilfeprogramm mit Zuschüssen, das sich primär nach der Struktur und dem Bedarf der Unternehmen in Sachsen ausrichtet.

3. Zur weiteren Minderung von Pflichtabgaben:

- ✓ eine Übernahme der Kammerbeiträge durch den Freistaat Sachsen ab März 2020 für das restliche Kalenderjahr 2020.

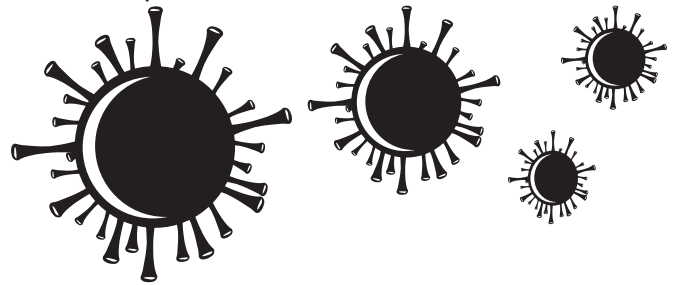
Gesundheitsversorgung sichern

Das jahrelang auf Effizienz getrimmte Gesundheitswesen befand sich auch ohne Corona-Pandemie an der Belastungsgrenze. Ärzte und Pflegekräfte sind seit Jahren Mangelware – auch wegen schlechter Arbeitsbedingungen. **Die Initiativen der AfD-Fraktion, dies zu ändern, wurden allesamt abgelehnt und somit unsere Vorschläge ignoriert.**

Globale Abhängigkeiten führten auch in der Vergangenheit schon zu Lieferengpässen mit versorgungsrelevanten Arzneimitteln. Durch die Pandemie sind nun auch Medizinprodukte und Schutzausrüstungen betroffen. Vor genau diesen Auswirkungen einer Pandemie, warnte bereits

2013 eine Risikoanalyse, die neben dem Bund auch den Landesregierungen zur Verfügung stand.

Eine sehr späte Reaktion auf Warnungen führte zum Zeitverlust bei der Vorbereitung auf die Pandemie und die Entwicklung geeigneter Schutzstrategien für Risikogruppen und Gesundheitspersonal.



Daher verlangen wir unverzüglich die Umsetzung folgender Punkte:

1. Stopp der weiteren Virusverbreitung:

- ✓ Flächendeckende Testung der Bevölkerung zur Identifikation infizierter und bereits immuner Personen. Hierzu sind landesweit Anlaufstellen für Bürger einzurichten.
- ✓ Umsetzung einer konsequenten Schutzstrategie für Risikogruppen – v. a. die Versorgung von Arztpraxen, Pflegeheimen, Pflegediensten und Angehörigenpflege mit Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln.
- ✓ Produktion und Verteilung von Gesichtsmasken an die Bevölkerung für **das freiwillige Tragen** in der Öffentlichkeit, insbesondere im Nahverkehr und beim Einkaufen.
- ✓ Entwicklung von Ausstiegsszenarien für die einschränkenden Maßnahmen, die den weiteren Schutz von Risikogruppen vorsehen und der Überlastung des Gesundheitswesens vorbeugen, aber den Bürger Freiheiten zurückgeben und die Wirtschaft entlasten.

2. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung:

- ✓ Ausbau der stationären Versorgungskapazitäten, Definition von Behandlungspfaden sowie Qualifizierung weiterer Ärzte und Pflegekräfte für die intensivmedizinische Versorgung von Corona-Patienten.
- ✓ Bessere finanzielle Sicherung der Krankenhäuser über die Aussetzung der Fallpauschalen und Gewährung von Klinikbudgets.

3. Die Lehren aus der aktuellen Krise ziehen:

- ✓ Anpassung der Handlungspläne zur frühzeitigen Begegnung einer Pandemie.
- ✓ Entwicklung einer Strategie zur Rückverlagerung der Produktion von Arzneimitteln und Medizinprodukten nach Deutschland und Europa sowie dem Aufbau nationaler Reserven.
- ✓ Abkehr vom reinen Effizienzprinzip des Gesundheitswesens. Krankenhausbetten müssen erhalten bleiben. Der Personalbedarf muss durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung gesichert werden.

Soziale Sicherheit in der Krise

Bricht Einkommen durch die schwierige wirtschaftliche Situation weg und muss die Kinderbetreuung neu organisiert werden, so kann die familiäre Situation ordentlich in Schieflage geraten – nicht nur bei Alleinerziehenden, die in dieser Situation die Anforderungen alleinig schultern müssen. Hier braucht es abgestimmte Hilfsmaßnahmen, um die soziale Sicherheit der „nächsten Generation“ zu gewährleisten. Angst, Unsicherheit, Zukunftssorgen und häusliche Isolation können auch das Gewaltpotential in den

Familien oder Lebensgemeinschaften verstärken. Auch das Hilfesystem für Opfer häuslicher Gewalt muss in der Krise leistungsfähig bleiben.

Besonders Wohnungs- und Obdachlose geraten durch derzeit geschlossene Hilfsangebote in Schwierigkeiten. Unterkunft- und Versorgungsmöglichkeiten brechen plötzlich weg. Auch hier braucht es die staatliche und gesellschaftliche Sicherheit.



Daher verlangen wir unverzüglich die Umsetzung folgender Punkte:

1. Absicherung von Familien:

- ✓ Zahlung eines pauschalen Betrages von 1.000 Euro an erwerbstätige Familien mit Kindern zur finanziellen und sozialen Absicherung.
- ✓ Ausbau aufsuchender und telefonischer Hilfsangebote für Familien in prekären Betreuungssituationen zur Begegnung möglicher Kindeswohlgefährdungen.
- ✓ Sicherstellung eines Angebotes mit einem warmen und gesunden Mittagessen für Kinder. Hier sollen besonders lokale Gastronomieeinrichtungen einbezogen werden.
- ✓ Einrichtung eines internetbasierten Portals mit Informationen und Anregungen zur Freizeitgestaltung und Fördermöglichkeiten insbesondere für Kita-Kinder.

2. Begegnung häuslicher Gewalt:

- ✓ Kurzfristige Erhöhung der Kapazitäten von Schutzeinrichtungen für Betroffene von häuslicher Gewalt. Damit verbunden eine sofortige Auszahlung von Landesmitteln an die Träger der Angebote.
- ✓ Initiieren einer Kampagne zur Bekanntmachung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene von häuslicher Gewalt.

3. Unterstützung Bedürftiger:

- ✓ Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtstrategie zur Unterstützung Wohnungs- und Obdachloser, insbesondere durch Schaffung von geeigneten Unterkünften sowie Versorgungsangeboten mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln.
- ✓ Private Hilfsangebote für die Bereitstellung ihres Angebots und die damit verbundenen notwendigen hygienischen Schutzmaßnahmen (z. B. Schutzmasken) unterstützen. Der Freistaat soll hierzu auch Fahrzeuge für die Sicherstellung einer mobilen Versorgung zur Verfügung stellen.

Kultur – Tourismus – Medien

Die Corona-Krise trifft den sächsischen Tourismus besonders hart. Ausgangsbeschränkungen und Kontaktsperren haben dazu geführt, dass die Reisetätigkeit im Freistaat fast gänzlich zum Erliegen gekommen ist. Während sich Hotelbetreiber und Gastronomen kaum über Wasser halten können, stehen Reiseveranstalter gewaltigen Rückzahlungsverpflichtungen für stornierte Reisen gegenüber.

Auch Vereine und Projektträger, die sich dem Erhalt der sächsischen Lokalkultur, des Brauchtums und der Heimatpflege verschrieben haben, sind vor eine harte Bewährungsprobe gestellt. Im Falle

solcher Projekte, die aufgrund der Corona-Krise abgesagt wurden, muss garantiert sein, dass bereits bewilligte Mittel anstandslos ausgereicht und auch künftig nicht zurückgefordert werden.

Trotz der allseitigen – teilweise existenzbedrohenden – Schwierigkeiten hält die Regierung an der Gängelung der Bürger durch staatlich verordnete Zwangsgebühren wie jene für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest. Dabei wäre es bloß eine Frage des politischen Willens, die Beitragszahler in dieser Hinsicht zumindest vorübergehend zu entlasten.



Daher verlangen wir unverzüglich die Umsetzung folgender Punkte:

- ✓ dass der Freistaat Sachsen einen Nothilfefonds auflegt, in den Reiseveranstalter ihre Rückzahlungsverpflichtungen für aufgrund der Corona-Krise stornierte Reisen auslagern können.
- ✓ dass aufgrund der Corona-Krise ganz oder teilweise ausgefallene Projekte, welche dem Erhalt und der Förderung der sächsischen Lokalkultur, der Heimatpflege, des Brauchtums sowie der sorbischen Sprache dienen, bereits bewilligte Fördermittel in voller Höhe erhalten und auf entsprechende Rückforderungen verzichtet wird.
- ✓ Beiträge für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für das Jahr 2020 auszusetzen.

Die Bildung unserer Kinder sichern

Familien mit schulpflichtigen Kindern sind in der aktuellen Situation vor erhöhte Herausforderungen gestellt. Viele Eltern sind derzeit in besonderem Maße gefordert, ihre schulpflichtigen Kinder im Rahmen der aktuellen Einschränkungen zum Lernen zu motivieren oder ihre Frustration und Angst vor der Zukunft abzumildern. Dazu kommt bei vielen Eltern häufig auch die eigene Sorge um den Arbeitsplatz, finanzielle Belastungen und die Ungewissheit, wie es in Zukunft weitergeht.

Unser Bildungssystem darf nicht dazu beitragen diese Situation zu verschärfen.

Da Eltern in der Regel nicht in der Lage sind, einen regelmäßigen und qualitativ hochwertigen

Heimunterricht anzubieten, muss deshalb gerade in der aktuellen Krisensituation Sorge dafür getragen werden, dass unsere Kinder nicht auf der Strecke bleiben.

Der Fokus muss nach den Einschränkungen auf die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes und damit auf die Sicherung des Leistungsniveaus gelegt werden.

Gleichzeitig gilt es im Bereich der Hochschulbildung Maßnahmen zu ergreifen, denn die Studenten aber auch drittmittelfinanzierte Mitarbeiter machen sich derzeit Sorgen über ihre finanzielle Situation und ob das Erreichen des angestrebten Abschlusses in der Regelstudienzeit möglich ist.

Daher verlangen wir unverzüglich die Umsetzung folgender Punkte:

- ✓ Nach Wiederinkrafttreten der regulären Schulpflicht ist eine nicht zu benotende Leistungsfeststellung bei allen Schülern in der ersten regulären Schulwoche durchzuführen und entsprechend der Ergebnisse angleichende Fördermaßnahmen zu initiieren.
- ✓ Die Abschlussprüfungen für Abiturienten um zwei Wochen zu verschieben, um den Abiturienten die Möglichkeit zu geben noch fehlenden Unterrichtsstoff auch in Zusammenarbeit mit den Fachlehrern aufzuholen.
- ✓ Bei einer Verlängerung der Schulschließungen den Termin der Abschlussprüfungen an Oberschulen und Gymnasien zu verschieben, um eine Niveauabsenkung oder stark erhöhte Durchfallraten gegenüber den Vorjahren zu vermeiden. Des Weiteren muss sich (nach §33 Sächs. Schulgesetz Abs.2) eine eventuelle Kürzung der Sommerferien vorbehalten werden.
- ✓ Bearbeitung von BAföG-Anträgen beschleunigen und kurzfristige Bewilligungen von Neuanträgen oder Aktualisierungsanträgen für Studenten, deren Eltern von Kurzarbeit oder Verdienstaussfällen betroffen sind, gewährleisten. Nachprüfungen zur Bezugsberechtigung sind auf das Wintersemester 2020 zu verschieben.
- ✓ Prüfen inwieweit eine Verschiebung des Vorlesungsendes und der Prüfungszeit um die Zeit des verspäteten Vorlesungsbeginns ermöglicht werden kann, um die Durchführung aller Praktika zu gewährleisten.
- ✓ Drittmittelprojekte an Hochschulen, insbesondere diese, die aus Mitteln der gewerblichen Wirtschaft gefördert werden, müssen finanziell abgesichert werden. Bei einem Fördermittelvolumen von 76 Millionen Euro im Jahr 2017 allein aus der Wirtschaft würde ein Wegfall von nur 10-20% aufgrund der Coronakrise nicht nur das Aus für viele innovative Forschungsansätze bedeuten, sondern auch den Verlust von Arbeitsplätzen.

FRAKTIONSACHSEN



Herausgeber:

AfD Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden



AfD-Fraktion im Web:

afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:

facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:

twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:

<http://bit.ly/1L9Tb1f>